

CONV 203/02

WG II 7

VERMERK

des	Sekretariats
für die	Gruppe II
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 12. Juli 2002 unter dem Vorsitz des Mitglieds der Kommission Herrn António VITORINO

Die zweite Sitzung der Gruppe II "Charta" hat unter dem Vorsitz des Mitglieds der Kommission Herrn António Vitorino am 12. Juli 2002 von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr stattgefunden.

I. Sitzungskalender

1. Folgende Termine wurden für die nächsten Sitzungen bestätigt:

- 23. Juli (ganztägig)
- 17. September (ganztägig)
- 4. Oktober (nachmittags)
- 7./8. Oktober (Reservetermin)
- 21. Oktober Termin der letzten Sitzung – anstelle des ursprünglich vorgesehenen Termins 29. Oktober – damit die Arbeit der Gruppe vor der Plenartagung des Konvents Ende Oktober abgeschlossen und entsprechend der Ankündigung des Vorsitzenden des Konvents, Herrn Valéry Giscard d'Estaing, ein erster Vorschlag für den Aufbau des Vertrags vorgelegt werden kann.

II. Modalitäten und Auswirkungen einer Einbeziehung der Charta in die Verträge

– Mögliche Verfahren für eine Einbeziehung der Charta

2. Der Vorsitzende hat eine erste Diskussion zu diesem Thema eröffnet, wobei er darauf hinwies, dass die Gruppe im Laufe ihrer Arbeit auf diese entscheidende Frage wird zurückkommen müssen. Darüber hinaus wies er auf Folgendes hin:

- das Verhältnis zwischen dem Gedanken eines Grundlagenvertrags und der Länge eines solchen Vertrags und der Wahl der (in Dok. CONV 116/02 dargelegten) Optionen, von denen keine a priori mit diesem Gedanken unvereinbar ist;
- die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten zwischen den vorgeschlagenen Optionen;
- die Frage der Präambel, die in diesem Zusammenhang nicht aus den Augen verloren werden darf.

3. In den meisten Redebeiträgen wurde die Einbeziehung des vollständigen verfügenden Teils mit sämtlichen Artikeln der Charta in einen neuen Grundlagenvertrag (Option f) befürwortet, insbesondere mit dem Hinweis auf die Erwartungen in Bezug auf die Sichtbarkeit und Transparenz der Grundrechte der Union, die insbesondere von der Zivilgesellschaft und dem Jugendkonvent zum Ausdruck gebracht wurden, die grundlegende Bedeutung eines Katalogs dieser Rechte am Anfang eines Grundlagenvertrags oder einer Verfassung sowie den normativen Charakter der Charta, die so abgefasst ist, als wäre der Text dazu bestimmt, in den Vertrag aufgenommen zu werden.

4. In anderen Redebeiträgen wurde jedoch Folgendes zu bedenken gegeben:

- das Bestreben, die bereits bestehenden Grundrechte nicht anzutasten und die Position der Mitgliedstaaten zu erhalten, spreche (angesichts der Tendenz der Gruppe, die Charta nicht zu ändern) für Option a oder Option b; die Bedeutung dieses Textes als Erklärung sollte nicht unterschätzt werden;
- die endgültige Wahl zwischen diesen Optionen sei eine politische Entscheidung, die zu einem späteren Zeitpunkt zu fällen wäre, für die die Gruppe aber bestimmte technische Fragen beantworten müsste;

- es gebe möglicherweise auch noch Wege dazwischen, wie beispielsweise ein Protokoll (Option e), kombiniert mit einer Bezugnahme auf die Charta in einem Artikel des Grundvertrages;
- bei der Wahl des technischen Verfahrens sei auch zu berücksichtigen, dass das gesamteuropäische Modell der EMRK nicht geschwächt werden dürfe.

5. In einer Reihe von Redebeiträgen wurde darauf hingewiesen, dass die Präambel der Charta, die einen wesentlichen Teil der Charta darstelle, so abgefasst worden sei, dass sie über die Grundrechte hinaus allgemein die Werte und Grundlagen der Union umfasse. Sie könnte nach Ansicht dieser Mitglieder der Gruppe (eventuell mit Ergänzungen) als Präambel eines neuen Grundlagenvertrags verwendet werden.

6. Der Vorsitzende schloss diesen Punkt mit dem Hinweis, dass bei der Wahl des Verfahrens für die Einbeziehung mehreren Anliegen Rechnung zu tragen sei, darunter zum einen der politischen Sichtbarkeit und Bedeutung der Grundrechte und zum anderen der Rechtssicherheit. Im Übrigen erinnerte er an die beiden Facetten des Kompromisses über die Charta mit dem Hinweis, dass der Konsens seinerzeit darin bestand, dass es sich um eine politische Erklärung handele, der Text aber ein rechtliches Profil habe, da er so abgefasst worden sei, „als ob“ er in die Verträge aufgenommen werden solle.

- Die Frage des derzeitigen Artikels 6 § 2 EUV (Verhältnis zwischen Charta und EMRK einerseits und den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen andererseits)

7. Einige Mitglieder der Gruppe haben sich dafür ausgesprochen, im Falle einer Einbeziehung der Charta als in vollem Umfang verbindlichen Text Artikel 6 § 2 EUV zu streichen, da die Charta die Rechte der EMRK enthalte und vom Gericht erster Instanz bereits als eine Auslegung der gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen betrachtet werde; auf jeden Fall enthalte sie in ihrer Präambel Bezugnahmen auf diese beiden Quellen. Andere wiederum sprachen sich für die Beibehaltung des Artikels 6 § 2 EUV oder einer entsprechenden Bestimmung aus. Diese Mitglieder der Gruppe vertraten die Auffassung, dass die Charta nicht sämtliche in der EMRK und deren Protokollen garantierten Rechte enthalte und dass eine Bestimmung wie Artikel 6 § 2 eine Auslegung der Charta auf der Grundlage der gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen begünstige. Außerdem stünde sie für eine Öffnung des Systems für künftige Entwicklungen, da sie dem Gerichtshof die Möglichkeit gebe, in den Mitgliedstaaten neu entstehende Verfassungselemente zu berücksichtigen.

8. In diesem Zusammenhang wurde auch die Auffassung vertreten, dass angesichts der Tatsache, dass die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen (neben der EMRK und dem EGV) als dritte Hauptquelle für die Charta herangezogen worden seien, das Anliegen, diese drei Quellen miteinander in Einklang zu bringen, dafür spreche, entweder eine horizontale Bestimmung über die Verfassungsüberlieferungen – ähnlich den Bestimmungen über die beiden anderen Quellen – aufzunehmen oder aber in Artikel 6 § 2 des Vertrags eine diesem Anliegen entsprechende Komponente einzufügen. Ohne einen solchen Zusatz würde den Gemeinschaftsrichtern mit der Einbeziehung der Charta möglicherweise zu viel politische Macht gegeben. Andere merkten allerdings an, dass der Ermessensspielraum des Gerichtshofs im Rahmen einer rein prätorischen Definition der gemeinschaftlichen Grundrechte derzeit größer sei. Außerdem ließen sich die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen nur sehr schwer definieren und der Gerichtshof könne aus diesen auf keinen Fall weder Rechte in dem gleichen Sinne ableiten, wie er in allen Verfassungen der Mitgliedstaaten bestehe, noch nur den kleinsten gemeinsamen Nenner daraus herausfiltern.

9. Einige Mitglieder merkten an, dass die Gruppe nach ihren Beratungen über den Beitritt zur EMRK noch einmal auf die Frage des Artikels 6 § 2 EUV zurückkommen sollte. Der Vorsitzende schloss sich diesem Verfahrensvorschlag an; er wies darauf hin, dass er einen gewissen Spielraum für die Beibehaltung der Bezugnahmen in Artikel 6 § 2 sehe, dass aber auf jeden Fall die Auswirkungen eines Beschlusses über den Beitritt zur EMRK auf die Formulierung dieser Bezugnahmen zu prüfen seien.

– *Die Charta und die Zuständigkeiten der Union*

Der Vorsitzende hat die Diskussion mit der Vorstellung seines Arbeitsdokuments und dem Hinweis eingeleitet, dass er keinen Widerspruch zwischen der Charta und den begrenzten Zuständigkeiten der Union sehe.

10. In allen Redebeiträgen wurde hervorgehoben, worauf bereits der vorherige Konvent hingewiesen hatte, dass nämlich die Einbeziehung der Charta auf keinen Fall die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten berühre und es wurde begrüßt, dass das Arbeitsdokument (WG 03) des Vorsitzenden hierzu wichtige Klarstellungen enthalte. Es wurde angemerkt, dass der vorherige Konvent einen vollständigen Katalog verfassen wollte, auch in dem Bestreben, alle gemeinsamen Werte der Union, insbesondere im Kontext ihrer internationalen Beziehungen sichtbar zu machen.

11. In mehreren Redebeiträgen wurde die Ansicht vertreten, dass eine redaktionelle Anpassung von Artikel 51 § 2 der Charta (mit der klargestellt würde, dass die in die Verträge einbezogene Charta die in *den anderen* Bestimmungen des Vertrages definierten Zuständigkeiten und Aufgaben nicht ändert) angezeigt wäre, falls, wie in dem Arbeitsdokument des Vorsitzenden vorgeschlagen, Option f gewählt würde.

12. Nachdem in der Gruppe entsprechende Wünsche geäußert worden waren, sagte der Vorsitzende Vitorino zu, dass er ein Arbeitsdokument über die möglichen redaktionellen Anpassungen von Artikel 51 Absatz 2 und Artikel 52 Absatz 2 der Charta und die Duplizierungen in der Charta vorlegen werde.
